

## **Gemeinsam gegen rassistische Migrationspolitik – Für eine solidarische Gesellschaft!**

Almanya im Frühjahr 2025: Die Lebensbedingungen für geflüchtete und migrierte Menschen verschlechtern sich nahezu täglich, der gesellschaftliche Diskurs und die konkrete Politik wird mit atemberaubender Geschwindigkeit nach rechts getrieben. Die Parteien der sogenannten Mitte haben längst die Inhalte der extrem rechten AfD inhaliert und setzen sie in die Tat um. Die Normalisierung rassistischer Hetze in der öffentlichen Debatte, die permanenten Verschärfungen der Anti-Migrationspolitik, die Kriminalisierung von Geflüchteten, die rassistische Polizeigewalt mit Todesfolge und die tödliche Gewalt an den Außengrenzen sind keine Einzelfälle – sie sind Teil eines Systems, das unsere Leben bedroht.

**Vom 11. bis 13. Juni 2025** kommen die Innenminister\*innen aller Bundesländer im Rahmen der **Innenminister\*innenkonferenz (IMK) im Bundesland Bremen** zusammen, um hinter verschlossenen Türen unter anderem über unsere Zukunft zu entscheiden – und ihre Entscheidungen haben direkte Konsequenzen auf unser Leben als geflüchtete und migrierte Jugendliche.

Den Vorsitz der IMK hat Bremens Innensenator Mäurer – der Senator, der im Dezember eigeninitiativ das Kirchenasyl gebrochen hat und Schutzsuchende in Verfolger- und Push Back-Staaten ausliefern wollte, was nur durch den entschlossenen Widerstand der solidarischen Zivilgesellschaft verhindert werden konnte. Der Senator, der sich jüngst in der Bremer Bürgerschaft gegen ein AfD-Verbotsverfahren ausgesprochen hat und damit einen aktiven Beitrag zur Normalisierung und Verharmlosung rechter, faschistoider Politik leistet.

Dieser Senator und 15 weitere Innenminister\*innen wollen also über unsere Zukunft entscheiden – aber wir werden ihre Beschlüsse nicht widerspruchslos hinnehmen!

Wie jedes Jahr begleiten wir als Jugendliche ohne Grenzen (JoG) zusammen mit einem breiten Bündnis aus NGOs und aktivistischen sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen aus der ganzen Bundesrepublik die IMK mit unseren Forderungen.

Wir gehen auf die Straße, um laut, unübersehbar und unüberhörbar für eine Gesellschaft einzustehen, die auf Solidarität statt auf Spaltung basiert, auf Menschlichkeit statt auf Ausgrenzung, auf Gleichberechtigung statt auf rassistischer Gewalt.

Schließt euch uns an – für eine Welt ohne Grenzen, für eine Politik, die unsere Menschenrechte schützt anstatt sie mit Füßen zu treten. Unsere Stimmen sind stärker als ihre Ignoranz und ihre Verachtung!

**Demonstration am 12.06.2025 um 17:30 Uhr, Start: Am Brill / Bremen**

Lasst uns zusammenstehen und zeigen: Unser Leben gehört uns – die Straße gehört uns!

Wir brauchen Veränderung! Wir sind widerständig! Wir stehen zusammen und wir sind viele. Wir fordern:

### ✓ **Bleiberecht für alle !**

In Deutschland leben viele tausende Menschen mit unsicheren Duldungen und prekärem Aufenthalt und werden so von einer echten Perspektive ferngehalten. Statt in Sicherheit zu leben und ein selbstbestimmtes Leben führen zu können, sind sie ständiger Angst vor Abschiebung ausgesetzt und erleben täglich diskriminierende Einschränkungen und Ausschlüsse

Wir fordern ein bedingungsloses **Bleiberecht für alle!** Alle Menschen haben das Recht auf ein Leben in Selbstbestimmung und auf freie Entfaltung!

**Keine Abschiebungen!** – Die brutale Praxis der Abschiebung, die Androhung einer Abschiebung oder allein die Angst vor Abschiebung bedeuten für die Betroffenen enormen Druck und Gewalt. Keine Person darf gezwungen werden, gegen ihren eigenen Willen ein Land zu verlassen, in dem sie Schutz gesucht hat oder in dem sie geboren und aufgewachsen ist. Abschiebungen sind immer Akte der Gewalt - wir fordern einen sofortigen Abschiebestopp!

**Ein sicheres Bleiberecht darf kein Privileg sein, sondern ist ein grundlegendes Menschenrecht!**

### ✓ **Zugang zu Bildung für alle !**

Bildung ist ein fundamentales Menschenrecht, doch vielen Schutzsuchenden wird dieses Recht verweigert. Statt allen gleichermaßen den Zugang zu Schulen, Universitäten und Ausbildungsplätzen zu ermöglichen, werden Personen mit Duldung oder prekärem Aufenthalt durch bürokratische Hürden und diskriminierende Regelungen systematisch benachteiligt.

Wir fordern die Innenminister\*innen auf, einen uneingeschränkten Zugang zu Bildung – unabhängig vom Aufenthaltsstatus – für alle Menschen sicherzustellen und praktisch umzusetzen.

## ✓ **Bewegungsfreiheit für alle – Schluss mit den Bewegungsbeschränkungen!**

Schutzsuchende werden durch Wohnsitzauflagen, Wohnverpflichtungen und Lagerunterbringung systematisch in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Alle Menschen mit Duldung und viele Menschen mit einem Aufenthaltstitel dürfen ihren Wohnort nicht frei wählen oder nicht reisen – sie bleiben häufig von ihren Familien und Freund\*innen getrennt und von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen.

Wir fordern eine uneingeschränkte Bewegungsfreiheit für alle – das Recht auf Mobilität darf kein Privileg sein! Schluss mit Wohnsitzauflagen und Lagerunterbringung – freie Wohnortwahl für alle, statt Isolation!

## ✓ **Recht auf Familie für alle !**

Die beschlossene Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Geschützte ist ein schwerwiegender Angriff auf das Recht auf Familie und auf ein menschenwürdiges Leben. Vor allem für Kinder und Jugendliche hat das staatlich verordnete Auseinanderreißen von Familien verheerende Konsequenzen. Sie müssen ohne ihre Eltern oder Geschwister leben, oft in unsicheren Unterkünften und mit begrenztem Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung. Die psychische Belastung für alle Familienmitglieder ist enorm.

Wir fordern daher den uneingeschränkten Familiennachzug für alle – der Schutz der familiären Lebensgemeinschaft ist kein Privileg, sondern ein Grundrecht! Die monatelange oder jahrelange Trennung muss ein Ende haben – jedes Kind hat das Recht, mit seiner/ihrer Familie aufzuwachsen!

## ✓ **Finanzielle Selbstbestimmung für alle – schikanöse Bezahlkarte schreddern !**

Die sogenannte „Bezahlkarte“ oder auch „social card“ ist ein weiteres Instrument der rassistischen Kontrolle und Ausgrenzung. Statt Bargeld zu erhalten, werden Geflüchtete gezwungen, ihr Geld über ein eingeschränktes System zu verwalten, das ihnen nicht erlaubt, frei über ihre finanziellen Mittel zu verfügen. Die betroffenen Schutzsuchenden werden in ihrer Selbstbestimmung massiv eingeschränkt, drangsaliert und stigmatisiert.

Schikanekarte schreddern – Selbstbestimmung statt Bevormundung!

## ✓ Reale gesellschaftliche Probleme lösen !

Wir leben in einer Welt der Multikrisen: Bildungskrise, Klimakrise, Krise im Gesundheitswesen, massive Infrastrukturprobleme, Krise in der Pflege, weltweite Krisenherde und Kriege, rasant zunehmende gesellschaftliche Armut und Ungleichheit, ... – keine dieser Krisen hat mit Migration zu tun, für keine dieser Krisen tragen wir als Geflüchtete die Verantwortung- im Gegenteil haben uns diese Krisen zur Flucht gezwungen!

Wir haben es satt, zu den Sündenböcken für eure selbstverursachten Krisen gemacht zu werden! Hört endlich auf, eure Probleme auf uns zu projizieren und so gezielt den Rassismus in dieser Gesellschaft anzuheizen und unsere Leben weiter zu gefährden!

Wir fordern von den Innenminister\*innen daher:

**Wendet euch endlich den realen gesellschaftlichen Problemen zu, statt auf unserem Rücken rassistische Politik zu betreiben !!**